

**Rede des Ausländerbeiratsvorsitzenden Cumali Naz am 18.Sep.2009
anlässlich der Auftaktveranstaltung der Interkulturellen Woche in München.**

Meine Damen und Herren,

im Namen des Ausländerbeirates, der die politischen Interessen der Münchner Migrationsbevölkerung vertritt, möchte ich Sie alle zur Auftaktveranstaltung der bundesweiten Interkulturellen Woche ganz herzlich begrüßen und in München willkommen heißen.

Wir befinden uns mitten in der heißen Wahlkampfphase. Der Wahlkampf gilt als langweiligster in der Geschichte des Bundestages. Auch aus migrations- und integrationspolitischer Sicht läuft der Wahlkampf ungewöhnlich ruhig. Ob es sich dabei um eine neue Streitkultur handelt oder nicht, werden wir in den nächsten Wahlen mit großem Interesse verfolgen.

Wir können aber allgemein von Rückkehr zur Normalität sprechen. Bis auf rechtsradikalen Parteien haben alle demokratischen Parteien und Wahlkämpfer darauf verzichtet, die Themen Migration und Integration negativ zu besetzen.

Mit Sicherheit haben dazu die Erfahrungen aus der Landtagswahl in Hessen und Kommunalwahl in München beigetragen: Diese Wahlen haben deutlich gemacht, dass die Parteien in Deutschland mittels ausländerfeindlicher Politik keine Mehrheiten mehr erreichen können.

Dies ist ein gutes Reifezeugnis für die deutsche Demokratie gewesen!

Meine Damen und Herren,

Die öffentliche und politische Diskussion über Integrationsfragen in Deutschland war lange Zeit unnötig aufgeregt.

Dabei wurde meist übersehen, dass Integration längst zum Normalfall geworden ist und im Alltag sehr pragmatisch gehandhabt wird.

Es gibt in Deutschland, wie in anderen europäischen Einwanderungsländern, zweifelsohne Integrationsprobleme. Kein vernünftiger Mensch würde sie ignorieren bzw. tabuisieren.

Trotz lange fehlender Integrationskonzepte ist der deutsche Integrationsweg insgesamt ein pragmatischer Weg gewesen.

Was uns sehr oft fehlte, war der vorurteilsfreie und nüchterne Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit in Deutschland.

Dieser erforderliche nüchterne Blick wurde oft verstellt:

Verstellt durch Beschwörungen einer allgemeinen „Integrationskrise“.

Verstellt durch Konzentration auf abschreckende Bilder und Stichworte wie „das Boot sei voll“, „Einwanderung in die sozialen Kassen“, „Ehrenmorde“, „Zwangheiraten“ und „Parallelgesellschaften“.

Was wir dringend brauchten, war die Beschreibung und Analyse der unauffälligen Normallagen der Integration.

Was wir nicht brauchten, war die ständige Thematisierung und Berichterstattung von sensationellen Ausnahmesituationen, um damit das Wähler- und Leserpublikum in ihren eigenen sozialen und kulturellen Ängsten zu bestätigen.

Meine Damen und Herren,

Migrations- und Integrationspolitik sind Zentralbereiche der Gesellschaftspolitik in Deutschland. Das wird auch heute zunehmend anerkannt. Lange war das Gegenteil der Fall. Wir hatten jahrzehntelang ein gesellschaftliches Paradox: Eine Einwanderungssituation ohne Einwanderungsland.

Das war eine gezielte Erkenntnisverweigerung.

Jetzt sprechen wir nicht nur von Integrationsdefiziten bei der

Zuwandererbevölkerung. Sondern auch von Defiziten der Integrationspolitik und

von historischen Versäumnissen.

Integration wird das Top-Thema der nächsten Jahrzehnte bleiben. Wenn sie scheitert, ist der Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet.

Ich will in diesem Zusammenhang an die dreißig Jahre zurückliegende Warnung des ersten Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, des ehemaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn vom Ende der 70er Jahre erinnern. Er sagte: "Was man heute nicht in die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien investiere, das müsse man später für Resozialisierung und Polizei bezahlen."

Das es nicht soweit gekommen ist, haben wir zweifelsohne nicht nur dem am Anfang erwähnten pragmatischen Integrationsweg zu verdanken.

Entscheidend dafür war vielmehr die friedvolle Integrationsleistung der Zuwandererbevölkerung (vor allem der ersten Gastarbeitergeneration) – deren Integrationsbereitschaft oder sogar Integrationsfähigkeit dennoch immer wieder in Frage gestellt wird.

Meine Damen und Herren,

Wovon der Heinz Kühn damals gewarnt hatte, bestätigt sich immer wieder in vielen wissenschaftlichen Untersuchungen.

Die unzureichende Integration von Zuwanderern kostet den Staat jährlich schätzungsweise 16 Milliarden Euro. Durch mangelnde Sprachkenntnisse, fehlende soziale Netzwerke und schlechte Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt gehen dem Staat Einkommenssteuern und Beiträge in der Renten- und Sozialversicherung verloren. Das ist das Ergebnis einer ganz neuen Studie des Büros für Arbeits- und Sozialpolitische Studien (BASS) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Integration ist ein wichtiges und zentrales Zukunftsthema. Es gibt viele und kontroverse Antworten darauf, wodurch Integration erfolgen soll: durch Sprache, durch Partizipation, durch Recht, durch Leitkultur, durch Ausweisung von Integrationsfeinden etc. Diesen Vorschlägen liegen bestimmte Auffassungen darüber zu Grunde, was die Barrieren und Hindernisse von Integration sind. Nach meiner Auffassung – und das ist meine feste Überzeugung- sollten Integration und Integrationspolitik in einem engen Zusammenhang mit den Menschenrechten und der Demokratie betrachtet, diskutiert und konkretisiert werden.

Wir müssen die Integrationspolitik einerseits als Meßlatte für die Entwicklung der Menschenrechte und der Demokratie in diesem Land betrachten, sei es auf kommunaler, regionaler, nationaler oder europäischer Ebene, andererseits aber auch als wesentlichen Beitrag zur Entwicklung von Menschenrechten und deren Vertiefung.

Wenn wir Integration und Integrationspolitik im Kontext der Menschenrechte und Demokratie betrachtet und konkretisiert hätten, dann hätten wir uns die ewigen Streitfragen der deutschen Integrationspolitik schon längst sparen können.

Meine Damen und Herren,

nächste Woche wird der Bundestag neu gewählt. Wir wissen nicht, wer bzw. welche Parteienkoalition das Land in den nächsten vier Jahren regieren wird.

Wir hoffen und erwarten, dass die neue Regierung einerseits die positiven Ansätze der großen Koalition weiterverfolgt und weiterentwickelt (Integrationsgipfel, Nationaler Integrationsplan, Islamkonferenz etc.) andererseits aber deren Fehlentscheidungen korrigiert (Die Hürden beim Ehegattennachzug, Optionspflicht,

Nicht-Anerkennung der ausländischen Abschlüsse etc.).

Den Integrationserfolg der neuen Regierung werden wir an diesen wichtigen Themen messen. Gleich am Anfang ihrer Amtszeit kann die neue Regierung ein ganz neues Akzent setzen, indem sie die menschlichste und jahrzehntelange Forderung der Ausländerbeiräte in die Tat umsetzt: **Kommunales Wahlrecht für Alle!**

Wenn sie diesen demokratischen Schritt wagt, wird sie in die Geschichte eingehen. Gleichheit wird gegen Ausgrenzung einen großen Sieg erringen. Deutschland wird sich dann mit ihren Neubürgern ein großes Stück vereinigen. Und unser Land Deutschland braucht diese Vereinigung ganz dringend.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!